



Erfahrungen aus 30 Jahren IPPNW-Arbeit: Vom Gründungsmitglied einer Ärzteinitiative zum Gründungsmitglied der IPPNW und die Zusammenlegung der beiden deutschen IPPNW-Sektionen

von Barbara Hövener

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freundinnen und Freunde,

neben meinem Beruf als Anästhesistin bin ich Ende der siebziger Jahre aktiv geworden gegen die **zivile Nutzung der Atomenergie**. Zu dieser Zeit begannen die Proteste gegen die Atomkraftwerke in unserem Land, mit Demonstrationen in Kalkar, Brokdorf und in Gorleben im Wendland. In Berlin, in Hamburg und München, wurden Ärzteinitiativen gegen Atomenergie gegründet. Wir informierten uns über die Gefahren der radioaktiven Strahlung auf die Gesundheit der Menschen, und insbesondere über die Wirkungen der Niedrigstrahlung. Eines unserer wichtigen Bücher war das 1977 vom Kollegen Dr. Bodo Manstein geschriebene Standardwerk „Strahlen“.

Nach einem beeindruckenden Vortrag der australischen Kinderärztin Dr. Helen der Caldicott 1979 in Berlin, richteten wir unser Engagement auf die **Atomwaffen und Gefahren eines Atomkrieges**. Dazu passten Verlautbarungen aus Amerika von Politikern und Militärs, dass ein Atomkrieg auf Europa beschränkbar und gewinnbar sei. Die Bedrohung durch einen Atomkrieg war damals zum Greifen nah. Das passte in die Zeit des kalten Krieges, in der mit dem Beschluss der NATO-Nachrüstung mit Pershing II und Cruise Missile-Raketen auf die Stationierung von SS 20- Raketen des Warschauer-Paktes geantwortet wurde.

Die Bundesrepublik rüstete auch im Innern auf. Es wurde über Bunkerbau, Zivilschutz und im medizinischen Sektor über Katastrophenmedizin und über ein Gesundheitssicherstellungsgesetz diskutiert. Wir weigerten uns in Kriegsmedizin ausbilden und schulen zu lassen und machten dies mit der „**Frankfurter Erklärung**“ öffentlich.

Unseren Schwerpunkt der Aktivitäten legten wir auf die Aufklärung der Bevölkerung, dass es in einem Atomkrieg **keine** medizinische Hilfe gibt und der einzige Weg dem Inferno eines Atomschlages zu entgehen, seine Verhinderung ist. Unsere Forderung war: **Weg mit den Atomwaffen in Ost und West!**

Das Interesse an diesen Informationen war sehr groß. In Berlin hatte unsere Ärzteinitiative eine kleine Broschüre mit „Informationen über die Strahlen-Krankheit“ entwickelt. Die 1. Auflage von 10.000 war im Nu vergriffen. Wir mussten ständig nachdrucken und erreichten bis 1986 eine Auflage von 3,6 Millionen Exemplaren. Diese Broschüre wurde auch in verschiedene Sprachen übersetzt.

Am 19./20. September 1981, also vor genau 30 Jahren, fand in Hamburg der **1. bundesdeutsche medizinische Kongress zur Verhinderung des Atomkrieges** statt, unter dem Motto „Die Überlebenden werden die Toten beneiden“. Es kamen 1600 Teilnehmer. Die Hamburger Ärzteinitiative hatte diesen Kongress organisiert und den Rundbrief „Ärzte warnen vor dem Atomkrieg“ gedruckt und herausgegeben. Ab 1983 übernahmen die Berliner



Kolleginnen und Kollegen diese Aufgabe und brachten den Rundbrief bis 1994 ehrenamtlich heraus. Die Auflage betrug in den letzten Jahren monatlich 15.000 Exemplare. 1987 wurde eine Sondernummer „Medizin unter dem Nationalsozialismus- das Verdrängte kehrt unerledigt wieder“ in einer Auflage von 30.000 Stück produziert. Dieses Heft dient der bundesdeutschen medizinischen Geschichtsforschung und wurde von führenden Bibliotheken in aller Welt angefordert.

Die Angst vor einem Atomkrieg gab uns einen enormen Auftrieb. Noch vor dem 2. medizinischen nationalen Kongress „**Ärzte warnen vor einem Atomkrieg**“ im November 1982 in Berlin wurde im Februar in Frankfurt von 18 Kolleginnen und Kollegen die **bundesdeutsche Sektion der IPPNW** gegründet. Einige Kollegen der lokalen Ärzteinitiativen blickten skeptisch auf die neue Ärzte-Gruppierung und traten nicht sofort ein. Ihnen schien diese IPPNW zu konservativ. **Bis 1986** wurden die medizinischen Kongresse, zu denen jeweils 3-5000 Teilnehmer kamen, gemeinsam mit örtlichen Gesundheits- und Ärzteinitiativen **und** IPPNW-Mitgliedern durchgeführt. **Nach 1986** gab es keine Trennung mehr zwischen Ärzteinitiativen und IPPNW. Die weiteren medizinischen Kongresse zur Verhütung des Atomkrieges fanden dann allein unter der Regie der IPPNW statt.

Auf dem **2. Weltkongress der IPPNW** 1982 in Cambridge /England trafen wir Kollegen aus der DDR. Wir wollten mit ihnen Kontakt aufnehmen und zusammenarbeiten, erhielten aber die für uns überraschende Antwort: „**wir möchten uns dazu an den Friedensrat der DDR wenden**“. Es wurde uns klar, dass ein privater Kontakt nicht gewünscht war. Wir wussten damals noch nicht, dass das „**Komitee der Ärzte der DDR zur Verhütung eines Nuklearkrieges**“ auf Veranlassung des Ministerrates der DDR eingesetzt und nur für die Repräsentanz auf internationalen Kongressen vorgesehen war. Eine Ausstrahlung in die Bevölkerung der DDR war nicht vorgesehen.

Auch in der DDR war damals die Militarisierung des Alltags nicht zu übersehen. Wehrerziehung als Schulfach und ein neues Wehrdienstgesetz wurden eingeführt und Frauen konnten zum Dienst an der Waffe eingezogen werden. Es etablierte sich ein Markt für Friedensgruppen, der jährlich in der Ost-Berliner Erlöserkirche stattfand. Gertrud Gumlich, eine Kollegin aus unserer IPPNW- Gruppe und Horst-Eberhard Richter waren die ersten, die dort Kontakt zu den „Frauen für den Frieden“ herstellten. Nachdem H-E. Richter einen Vortrag (1984) in einem konfessionellen Krankenhaus in Ostberlin gehalten hatte, beschlossen einige aktive Kollegen in der DDR eine eigenständige Gruppe „**Ärzte für den Frieden**“ zu gründen. Ein Teil dieser oppositionellen Gruppierung „**Ärzte für den Frieden**“ und „**Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung**“ lernten wir kennen, als Gertrud Gumlich, Ulrich Fegeler und ich verbotenerweise mit Jutta und Eberhard Seidel aus Ostberlin zum Kloster in Lehnin im Fläming in Brandenburg zu einem Treffen mit Kollegen aus Halle, Erfurt, Görlitz und Ilmenau reisten. Diese ärztlichen Friedensgruppen konnten sich nur im Rahmen der Kirche oder privat treffen. Sie wurden von dem **Ministerium für Staatssicherheit (MfS)** überwacht und Spitzel wurden in ihre Gruppen eingeschleust. Die Kollegen der DDR hatten starkes Interesse sich an der IPPNW zu beteiligen und von uns Informationen zu erhalten. Wir blieben weiterhin in Kontakt mit den ärztlichen Friedensgruppen, und versorgten sie privat so gut es ging mit Informationsmaterial. Von dem Komitee der DDR Sektion wurden unsere West-Informationen zurückgehalten. Die DDR-



Sektion war ein geschlossener Verein und einzelne Kolleginnen und Kollegen konnten nicht beitreten.

Um einzelnen interessierten DDR Kollegen die Mitgliedschaft in dem DDR-Komitee zu ermöglichen, musste erst eine Satzungsänderung in der **internationalen IPPNW** durchgesetzt werden. Diese kam 1986 zustande nach stetem Insistieren sowohl von internationaler und auch von bundesdeutscher Seite, besonders erwähnen möchte ich hier die Aktivitäten von Bernard Lown und Jos Weerts aus Holland. Am 13.5.1986 beschloss das **Sekretariat der SED** allen Ärzten und Zahnärzten der DDR eine individuelle Mitgliedschaft in der IPPNW zu ermöglichen. Darauf gründete die IPPNW- Sektion Bezirkskomitees, in denen die individuellen Mitglieder aufgenommen werden konnten.

Trotzdem durften missliebige Kollegen nicht an internationalen Kongressen und Tagungen teilnehmen und erst durch massiven Druck von internationaler und bundesdeutscher IPPNW konnte eine Teilnahme erreicht werden. Auch die Vermittlung der Kirche der DDR war behilflich, allerdings wurde jeweils nur ein Kollege pro Gruppe zugelassen. Diese Kollegen haben hinterher berichtet, dass sie massiven Disziplinierungsmaßnahmen ausgesetzt waren. Wie schwierig die ganze Angelegenheit war, zeigte beispielsweise die Tagung „**Das Schicksal der Medizin im Faschismus**“ 1988 in Erfurt, zu der keine Vorträge und Referate kritischer Kollegen angenommen und sogar ihre Teilnahme mit physischer Gewalt verhindert wurde. Erst das Eingreifen von Prof. Karl Bonhoeffer (Köln) ermöglichte dann, dass diese wenigstens an den Plenarsitzungen teilnehmen konnten.

Unsere IPPNW-Sektion hatte später mit den Vertretern des Komitees der DDR Kontakt. Zweimal trafen sich die beiden Vorstände, einmal in Ostberlin und einmal in Frankfurt am Main bei Prof. Gottstein zu Hause.

Nach dem Fall der Mauer wurde am **9. Juni** der DDR“ und eine Themen-erweiterung im Sinne des Namens beschlossen **1990** von kritischen Einzelmitgliedern die **erste öffentliche Mitgliederversammlung** des Komitees der „Ärzte der DDR zur Verhütung des Nuklearkrieges“ erzwungen. Auf dieser MV wurde der alte Vorstand komplett abgewählt. Der neue Vorsitzenden wurde Prof. Jens Reich aus Berlin-Pankow. Auf dieser Versammlung wurde eine Satzungsänderung des Namens in „**Ärzte in sozialer Verantwortung- IPPNW- Sektion der DDR**“ und eine Themenerweiterung im Sinne des neuen Namens beschlossen.

Diese Satzungserweiterung „Ärzte in sozialer Verantwortung“ wurde bei der Zusammenlegung der beiden IPPNW- Sektionen auf der **gemeinsamen Mitgliederversammlung 1991 in Kassel** übernommen. Die beiden IPPNW- Sektionen aus Ost und West sind somit unter einem Vereinsdach zusammengefasst- sie sind nicht „wiedervereinigt“, denn sie haben stets nur getrennt existiert. In den **neuen gesamtdeutschen IPPNW- Vorstand** wurden Hildegard Geisler aus Leipzig, Jutta Seidel aus Berlin und Joachim Misselwitz aus Jena gewählt.

Seit dieser Zeit engagieren sich Kolleginnen und Kollegen in dem Arbeitskreis „Süd/ Nord“, weitere Arbeitskreise wie der AK Flüchtlinge und der AK Medizin und Gewissen sind seitdem hinzugekommen.



Als eine der wenigen Sektionen der IPPNW haben wir uns in der Bundesrepublik schon frühzeitig gegen den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke ausgesprochen. Bereits **1986**, aufgerüttelt durch die atomare Katastrophe von Tschernobyl, haben wir von der Bundesregierung den **Ausstieg aus der Atomenergie** und den **Verzicht auf die Plutoniumwirtschaft** gefordert. (Aufruf „Zeit zum Aufwachen“). Der Arbeitskreis Atomenergie und die Siemensausstiegshilfe wurden gegründet. Eine Klage zur Stilllegung des **Pannenreaktors Biblis B** wurde auf den Weg gebracht. Mehrere Kongresse und Tagungen wurden zu dem Themenkomplex Atomenergie veranstaltet.

Unsere jahrelange Arbeit zeigt nun endlich Erfolg: **Acht** Atomkraftwerke wurden in diesem Jahr abgeschaltet, darunter auch **Biblis B**. Der Weiterbetrieb der restlichen **neun** AKWs wurde zeitlich bis 2022 begrenzt und der **Ausstieg aus der Atomenergie in der Bundesrepublik** beschlossen. **Bis jetzt ein großer Erfolg**. Jetzt kämpfen wir dafür, dass die erneuerbaren Energien zügig umgesetzt und die Laufzeiten der Atomkraftwerke noch früher beendet werden.

Bei den Atomwaffen haben wir 1996 ein Atomwaffenteststoppvertrag erreicht. Die Pershing II und Cruise missile-Raketen, sowie die SS20,21 und22 sind aus Europa wieder abgezogen und ein Teil wurde verschrottet. In der Bundesrepublik bedrohen uns noch 20 amerikanische Atomwaffen, die in Büchel in der Eifel lagern. Die heute noch weltweit gebunkerten Atomwaffen reichen aus, um das Leben auf der Erde zu vernichten. **Solange es noch diese Atomwaffen gibt, dürfen wir in unserem Engagement nicht nachlassen und müssen aktiv bleiben.**